Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: H. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schlesier. — Mainz: D. Frost. — Minden: C. Marwedel.

Abend-Ausgabe.

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frandler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 143. **Berlin, Sonnabend den 19. April 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen**, sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32.** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"** sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstr. 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Inhalt der Sonntagsbeilage Nr. 16*). Vaterländische Erinnerungen: Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, im Spiegel zeitgenössischer Dichter. — Friedrich Gustav v. Beyer. — Zwei Hamburger Bürger-Gesandtschaften an den deutsch-deutschen Kaiser. — Mannigfaltiges: Aus dem Bilderbuch der Sprache. II. — Erinnerungen an kleine Weltreise. — Haus- und Landwirthschaft.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 19. April.

Noch immer kann die in der vielbesprochenen Broschüre: „Deutschlands Getreideverkehr mit dem Auslande" zuerst aufgestellte Behauptung, daß ein Eingangszoll auf Getreide nicht nur die (angeblich) uns fehlenden 27 Millionen Zentner, sondern auch die ganze im eigenen Lande erzeugte Menge um den Preis des Zolles pro Zentner vertheuern würde, nicht zur Ruhe kommen. Sie wird, obwohl zehnmal widerlegt, immer von Neuem wieder aufgewärmt. Ihr mögen denn auch an dieser Stelle noch einige Bemerkungen gewidmet sein.

Selbst wenn die beiden Voraussetzungen richtig wären, auf welcher jene Behauptung basirt, daß nämlich Deutschland einer Mehreinfuhr von 27 Millionen Zentner unter allen Umständen bedürfe, und daß ein Eingangszoll unter allen Umständen auf die Preise im Inlande wirken müsse, so würde doch die angestellte Berechnung unrichtig sein. Wir haben in Deutschland im Jahre 1878 selbst produzirt 379 Mill. Zentner und eine Einfuhr gehabt von 27 Millionen Zentner, macht zusammen rund 400 Millionen Zentner. Würden nun die 27 Millionen mit etwa ½ Mark pro Zentner verzollt, also rund mit 7 Millionen Mark, so würde die Gesammtheit des in Deutschland befindlichen Getreides also 400 Millionen um 7 Millionen Mark vertheuert werden, das macht pro Zentner $1^{3}/_{4}$ ₰.

Aber jene beiden Voraussetzungen sind irrig. Deutschland bedarf der Einfuhr nicht für immer, und sollte es ihrer bedürfen, so sind im Auslande zahlreiche Konkurrenten vorhanden, welche eines Gewinnes wegen, der den Betrag des Zolles um das fünfe und zehnfache übersteigt, sehr gern die Zahlung des Zolles übernehmen.

Gegen die Annahme aber, daß der Zoll unter allen Umständen auf die Getreidepreise im Inlande wirken müssen können wir das Zeugniß der Stettiner Kaufmannschaft anführen, welche unlängst in ihrer an den Bundesrath und an den Reichstag gerichteten Denkschrift den Nachweis führt, daß sehr niedrige Getreidepreise durch hohe Getreidezölle nicht abzuwenden sind. Es heißt da: „Die höchsten Getreidezölle hatte Preußen in den Jahren 1823 und 1828. Der Zoll für Roggen, der seit 1818 etwa 1,50 ℳ für 2000 Pfund betragen hatte, wurde im April 1823 zum Schutz der landwirthschaftlichen Interessen gegen Rußland und Polen auf den Betrag von 12,50 ℳ, gegen andere Grenzen der Ostprovinzen auf 7,50 ℳ erhöht, und 1824 gegen alle Grenzen derselben auf 12,50 ℳ festgesetzt. Dessenungeachtet galt Roggen im Herbst 1823 in Stettin nur 57 ℳ und im Herbst 1824 sogar nur 50 ℳ für die heutige Tonne (1000 Kilogr.), genau das Verhältniß des Zolles."

Jedenfalls gehört selbst für einen Rechner ohne jede praktische Erfahrung eine vollständige Verblendung und Verirrung dazu, um auf solche kalkulatorische Abwege zu gerathen, wie sie die Eingangs erwähnte Broschüre enthält.

Unter den Zustimmungsadressen zu der Zollpolitik des Fürsten Reichskanzlers, die uns heute wiederum in stattlicher Anzahl vorliegen, nimmt eine Adresse der Einwohner **Jugenheim's**, einem Orte des Wahlkreises, den der Abg. **Bamberger** im Reichstage vertritt, eine bemerkenswerthe Stelle ein. Es heißt in derselben:

„Die unterzeichneten Landwirthe der Gemeinde Jugenheim im Kreise Bingen fühlen sich gedrungen, Eurer Durchlaucht ihre freudige Zustimmung zu den in dem Schreiben vom 15. Dezember v. J. niedergelegten Wirthschaftsgrundsätzen auszudrücken.

Wir glauben zu dieser Erklärung um so mehr verpflichtet zu sein, als wir bei der letzten Reichstagswahl leider dem Herrn Ludwig Bamberger unsere Stimmen gegeben haben, einem Mann, der, wie wir nunmehr erkannt haben, für die wirthschaftlichen Nöthe unseres Volkes überhaupt und für die so überaus traurige Lage des Bauernstandes in Sonderheit kein Verständniß zu haben scheint.

Um so aufrichtiger ist unsere Freude und unser Dank, daß Ew. Durchlaucht erkannt haben, was Noth thut, um den Ruin der Landwirthschaft aufzuhalten und unser Vaterland aus seinen wirthschaftlichen Nöthen zu erretten, in die es die Irrlehren falscher Propheten der Volkswirthschaft gestürzt haben.

Wir glauben versichern zu dürfen, daß alle Bauern Rheinhessens in dem beginnenden Kampfe Ew. Durchlaucht treu zur Seite stehen werden."

Daß diese letztere Versicherung nicht unbegründet ist, geht aus der reichen Anzahl von Zustimmungsadressen hervor, die aus dem Großherzogthum Hessen bereits eingetroffen sind und noch immer eintreffen. Wir nennen heute Adressen aus Biebesheim, Ober-Ramstadt, Lampertheim, Bensheimerhof, Habitzheim, Dornheim aus dem Großherzogthum Hessen, aus Baiern und der Pfalz, Adressen von den Bürgermeistern des Verwaltungsbezirks Ansbach, von Ortschaften Mittelfrankens, von Landwirthen aus dem nördlichen Theile der bairischen Oberpfalz, die am 6. April zu Bleiben versammelt waren, von Bewohnern der Bezirke Homburg, Kusel, Pirmasens und Zweibrücken. Aus Mitteldeutschland liegen heute vor Adressen des landwirthschaftlichen Vereins zu Schkala bei Rudolstadt und zu Kl. Welka im Königreich Sachsen. Die erstere ist von einem Schreiben des Vorstehenden des Vereins, Medizinalrath Dr. Clemens, begleitet, in welchem es u. A. heißt:

„Die Natur selbst, diese große Lehrmeisterin der Menschen, kann nicht ohne Schutzzölle bestehen und führt dieselben mit oft an Grausamkeit grenzender Strenge durch, wie sich überall z. B. bei den Bienen ꝛc. nachweisen läßt. Wie soll nun, wenn der Schutzzoll so tief begründet ist, wenn selbst der Schöpfer seiner bedarf, um den großen Haushalt der Natur zu führen, der Staat seiner entbehren können!"

Aus dem Königreich Preußen registriren wir heute Zustimmungsadressen aus Georgenwalde bei Stallupönen und Deutsch-Krone in der Provinz Preußen, von 30 Gemeinden aus dem Bezirk des landwirthschaftlichen Lokalvereins zu Forst in der Lausitz, aus Innsdelhe, Diedersdorf, Goerlsdorf, Worin, Ratenthal im Kreise Lebus, von dem landwirthschaftlichen Vereine der Kreise Bitterfeld-Delitzsch, von dem Rhein-Preußischen landwirthschaftlichen Verein und dessen Lokal-Abtheilung Elberfeld-Barmen-Lennep und Schückhausen, endlich von dem Pferdezucht-Verein zu Rätzlingen in Holstein.

Dem Zollprogramme des Herrn Reichskanzlers ist ferner der 34 Ortschaften umfassende landwirthschaftliche Verein der hannoverschen Aemter Gifhorn und Meinersen (Landdrostei Lüneburg) beigetreten. Die 510 Unterzeichner der Adresse drücken den besonderen Wunsch aus, der Herr Reichskanzler möge fest und und unbeirrt auf dem eingeschlagenen Wege beharren. Der Uebersender der Adresse, Rittergutsbesitzer Freiherr A. v. Lassert zu Dannenbüttel bei Gifhorn, bemerkt im Begleitschreiben, daß die Unterzeichner allen Ständen angehören, wobei nicht unberücksichtigt bleiben dürfe, „daß diese Gegend wesentlich mehr Getreide verbraucht, als hier gebaut wird".

Die Hoffnungen, welche die Gegner der Zollvorlage auf die **Reichstagsferien** gesetzt haben, von denen man Volksversammlungen und andere Kundgebungen der öffentlichen Meinung erwartete, scheinen nicht in Erfüllung zu gehen. Wie man sich erinnert, hatte namentlich die Fortschrittspresse die Parole zu einer solchen Agitation in allen Provinzen ausgegeben, in der Hoffnung, durch die zu beschließenden Resolutionen die Abgeordneten an eine bestimmte oppositionelle Stellung im Reichstage zu binden. Nun scheinen solche Versammlungen in der That in den Provinzen angeregt worden zu sein, aber die oppositionellen Abgeordneten scheinen bei den ihnen entgegentretenden Stimmungen auf die Berufung verzichtet zu haben. Nach allen glaubwürdigen Berichten ist die Stimmung zu Gunsten der Zollreform weit entschiedener, als die Organe der Presse, namentlich in der Hauptstadt, Wort haben wollen oder als sie selbst es wissen. Die Parteipresse hat kaum noch jemals so wenig ein Bild der öffentlichen Meinung gegeben, wie gerade in diesem Augenblick. Man bestätigt von allen Seiten, daß namentlich in Süddeutschland der Name des Fürsten Bismarck noch nie so populair gewesen ist, wie jetzt auf Grund seiner Zollreform. So erklärt es sich, daß die Opposition auf das gefährliche Experiment einer Agitation lieber verzichtete, statt die Stärke der entgegengesetzten Strömung in unerwünschter Weise erkennbar zu machen.

An
den Herrn Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Die „Hofische Zeitung" meldet, daß ich mein Abschiedsgesuch eingereicht hätte, was nicht der Fall ist. Vielleicht rührt diese schon seit mehreren Tagen in Umlauf gesetzte Nachricht von Jemandem her, bei dem der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Durch Aufnahme dieser Zeilen würden Sie mich verbinden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Bucher.

Im königlichen Ministerium für öffentliche Arbeiten ist ein werthvolles Verzeichniß der für den Lokalverkehr der preußischen Eisenbahnen, sowie für den direkten und Verbandverkehr der preußischen Eisenbahnen unter sich und zwischen preußischen und den übrigen deutschen Eisenbahnen bestehenden Gütertarife nebst Nachweisung der Tarife, in welchen die Frachtsätze für den Verkehr zwischen den Stationen der verschiedenen Eisenbahnen enthalten sind, zusammengestellt.

Karlsruhe, vom 14. April 1879.

Sie haben schon zu wiederholten Malen Gelegenheit genommen, auf den Standpunkt hinzuweisen, welchen eine der bedeutendsten Organe der nationalliberalen Partei in Süddeutschland, die „Badische Landeszeitung", im Gegensatz zu den meisten norddeutschen Blättern dieser Partei in der Zolltariffrage einnimmt. Ich erlaube mir um so lieber, der Aufmerksamkeit Ihrer Leser einen Artikel zu empfehlen, welchen diese Zeitung in ihrer Nr. 87 vom 13. d. M. bringt, und in welchem die Ansicht widerlegt wird, daß durch Schutzzölle die Waaren vertheuert und der Betrag des Zolles einfach auf den Preis geschlagen und dann von dem Konsumenten erhoben werde. Der Artikel lautet folgendermaßen:

Die fort und fort erhobenen Einreden, **Schutzzölle**, bezw. Ausgleichungszölle, wie sie vom Deutschen Reiche angetreibt werden, vertheuern die Waaren, die wirklich naive Meinung, Zölle werden einfach auf den Preis geschlagen und dann vom Verbraucher erhoben, verrathen eine solche Unkenntniß vom Gesetze des Handels und des zwischenvölkischen Waarenaustausches, daß es bedauerlich wäre, wenn die Entscheidung in den vorliegenden Zoll- und wirthschaftlichen Fragen in solche gelegt würde, welche sich von derlei thörichten Meinungen leiten ließen. Wer heute österreichische, russische, englische und amerikanische Zeitungen liest, wird sich sofort überzeugen, daß die genannten Länder eine schwere Schädigung ihrer Interessen voraussehen, wenn Erzeugnisse und Waaren bei der deutschen Einfuhr mit Zoll belegt würden, welche jene Länder zu uns ausführen; sie alle wissen, daß ihrer seitherigen Verkaufspreise sich verringern müssen, um am deutschen Markte den Betrag des Zolles überwinden zu können, daß Angebot und Nachfrage die Höhe der Preise bestimmen, daß auch die bescheidensten Zölle die eigene Ertragsfähigkeit jedes Landes vermehren und es vom Auslande unabhängiger machen, daß somit das Ausland von dem Zoll getroffen wird. Sie hätten keinerlei Ursache zur Beschwerde, wenn Deutschland selbst den Zoll zu zahlen hätte, wenn die Meinung, die Waaren erhöhen sich gerade um den Betrag der Zölle, richtig wäre. Ein blühender, großer Industriezweig, die Zuckerindustrie, giebt und eigentlich den unwiderlegbaren Beweis, daß Schutzzölle immer gut Nutzen des eigenen Landes bieten und Quellen des Wohlstandes und der Arbeit für die verschiedensten Lebenskreise schaffen, daß selbst im ungünstigsten Falle eine Vertheuerung nur für kurze Zeit möglich ist, weil das eigene Bedürfniß des Volkes für genügende eigene Erzeugung, ja wo nöthig für Einfuhren sorgt. Zur Zeit der Kontinentalsperre hatte die Herstellung von Zucker aus Runkelrüben, Ahorn ꝛc. das Stadium der Versuche kaum überschritten. Die Nothwendigkeit der Zuckererzeugung ermuthigte zu weiteren Versuchen und endlich zu industriellen Anlagen; das unvollkommene Erzeugniß wurde immer besser, und heute sind wir so weit, daß indische Rohzucker aus Zuckerrohr nicht mehr eingeführt werden, daß Deutschland heute mehr als seinen Bedarf deckt, ja, daß wir durch Einführung eines genügenden und richtigen Rückolls aufzuhrhäfig gemacht werden müssen. Wie viele Millionen bleiben aber durch die eigene Zuckerindustrie dem Lande erhalten. Der Bauer pflanzt seine Rüben und erzielt hierauf eine schöne Einnahme, der Gutsbesitzer stellt vielfach selbst Rohzucker her, brennt außerdem aus den Rückständen Spiritus und mästet aus den Abfällen noch Vieh. Die Raffinerien kaufen den Rohzucker, stellen das fertige Erzeugniß her, verwerthen den Syrup durch Brennen oder Reinigen und bringen ihre Erzeugnisse durch den Handel an die Käufer. Die Bevölkerung ist sich somit bei der Zuckerindustrie betheiligt der Bauer und Gutsbesitzer, der Brenner, die Viehzucht, die Eisenbahnen für den Transport der Rohstoffe, der Halbfabrikate und Ganzfabrikate, die Arbeiter und der Handel, kein Pfennig braucht für irgend eine Leistung in das Ausland zu wandern, und wir haben den billigsten Zucker der Welt. Angenommen wir hätten heute keine Zuckerindustrie und wollten beantragen, durch Einführung hoher Zölle die Entstehung einer Zuckerindustrie zu begünstigen, würden wir nicht auf die nämlichen Redensarten vom Interesse der Verbraucher stoßen? Würde man nicht sagen, Zucker solle da hergestellt werden, wo die günstigsten Bedingungen dazu vorhanden sind, wenn dabei eine inländische Industrie nicht aufkommen kann, so mag sie besser unten bleiben? Hätten wir die Industrie bekommen, wenn man früher ebenso gedacht hätte? Sicher würde heute Niemand zu finden sein, der nicht den Segen begreift, welcher dem Lande zufließt, und dennoch giebt es so viele Menschen, welche scheinbar das Interesse der Verbraucher vertreten, lediglich aber nur zu Gunsten des Auslandes sprechen, wenn sie gegen Zölle eifern, welche geeignet sind, die eigene Arbeitsthätigkeit des Landes zu erhöhen. Ein Herr A. Lohren hat in einer Broschüre: „Minimalzölle für Getreide und Rohstoffe", Berlin, bei B. Behr, nachgewiesen, daß Getreide unter dem Schutzzollsystem ausgeführt wurde, die Einfuhr erst mit Aufhebung der Getreidezölle beginnt, die Zahlen sind der Delbrück'schen Broschüre entnommen. Wir lassen das Ergebniß jener Untersuchungen folgen:

Zeitperioden	Zollsatz für den Zentner Getreide	Mehrausfuhr in Zentnern	Mehreinfuhr in Zentnern	Preis in Mark für Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
1838—1842	5 Sgr.	7,448,000	—	8,18	5,53	4,70	4,64
1843—1847	2½ Sgr. Differenzzoll	7,368,000	—	7,49	5,48	4,85	4,73
1848—1859	frei	—	1,240,000	9,93	7,30	6,76	6,59
1859—1863	frei	—	4,176,000	11,40	8,67	7,63	7,54
1863—1873	frei	27,146,000	—	11,47	9,17	8,53	8,63

Man kommt zu ganz denselben Ergebnissen, wenn man die Delbrück'schen Zahlen für zehnjährige Perioden zusammenstellt und die Einfuhr und Ausfuhr von Mehl mit in Rechnung zieht. Da hat man:

1838—1847 jährlich	4,653,000 Ztr.	Mehrausfuhr.
1848—1857 „	6,329,500 „	„
1858—1867 „	1,883,500 „	„
1868—1877 „	15,607,000 „	Mehreinfuhr.

Mithin immer und überall dasselbe Endergebniß. Unter genügendem Zollschutz: vermehrte Erzeugung, vermehrte Ausfuhr, billige Preise; unter dem Freihandel: verminderte Erzeugung, verminderte Ausfuhr, theure Preise.

Rundschau im Auslande.

Der Telegraph ist heute mit seinen Mittheilungen aus dem Auslande außerordentlich spärlich. Der Sturm der vergangenen Nacht hat den Leitungen, den Verbindungsfäden des internationalen Verkehrs, vielfache Beschädigungen zugefügt, ein großer Theil ist durch Stangenbrüche, Drahtbrüche u. s. w. gestört. Einer amtlichen Mittheilung zufolge besteht die Verbindung Berlins mit allen Kabelstationen, außerdem ist in Funktion zur Zeit je eine Leitung nach Wien, Petersburg, London, Amsterdam, Brüssel, Emden, Königsberg und Danzig. Die kleineren Leitungen nach allen Richtungen, meist nach West und Südwest, sind noch gestört.

Aus **Rußland** kommt die Kunde von einem am 14. d. Abends in Rostow am Don ausgebrochenen Aufruhr, also an dem nämlichen Tage, an welchem der Mordversuch in Petersburg stattfand. Die Polizei konnte der Exzedenten nicht Herr werden, welche es namentlich auf die Polizeibeamten und die Polizeibüreaus sowie auf die Vernichtung der Polizeiakten abgesehen hatten. Durch letzteren Umstand ist der Aufruhr zur Genüge charakterisirt. Aus Novo Tscherkask und Taganrog mußten Truppen herbeigezogen werden, welche erst am Dienstag Morgen die Ruhe herzustellen vermochten. Regierungsseitig sind alle Vorkehrungen getroffen worden, um fortan die Erhaltung der Ruhe zu sichern. Die soeben in Rußland zum Schutze der öffentlichen Ordnung ergangenen Bestimmungen werden somit voraussichtlich zuerst in Rostow praktisch werden. Den zu ernennenden Generalgouverneuren fällt eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe zu, aber es fehlt dem russischen Reiche nicht an Männern, welche sich in schwierigen Lagen muthvoll und energisch bewährt haben, und auch diese Aufgabe erfolgreich durchführen werden. Mit der Rückkehr der noch in der Türkei gestandenen Truppen in die heimathlichen Garnisonen steht den staatlichen Gewalten nunmehr auch wieder eine ausreichende bewaffnete Macht zur Seite, um der Repression den je nach Umständen erforderlichen Nachdruck geben zu können. Der Ukas vom 18. d. Mts. verlängt das System der halben Maßregeln, welche nach der schmählichen Ermordung hoher und höchster Beamten ergriffen worden waren, und welche dem revolutionairen Verbrecherthum eher als Zeichen der Schwäche erschienen, als daß sie Furcht einzuflößen vermochten. Hoffentlich folgt jetzt dem so energisch bekundeten Willen die That unmittelbar auf dem Fuße; um so eher wird Rußland zur Wiederaufnahme seiner Reformarbeit zurückkehren können, welche durch die revolutionaire Bedrohung so jäh unterbrochen worden ist.

Kaiser Alexander hat zwei Tage nach dem Attentat auch die Mitglieder der Petersburger Stadtvertretung empfangen, welche ihm den Ausdruck ihrer Gesinnungen darbrachten. Der Kaiser ermahnte in seiner Erwiderung die Hausbesitzer zur strengen Aufsicht über die Bewohner ihrer Häuser, welche verdächtigen Personen kein Obdach bieten dürfen. Man müsse angesichts des Geschehenen die Lage mit vollem Ernste betrachten, sonst werde sich bald kein ehrlicher Mann mehr auf der Straße blicken lassen können.

Unter dem 15. d. M. hat der Minister des Innern der Zeitung „Golos" in der Person ihres Herausgebers, des Staatsraths A. Krajewski, und des zeitweiligen Redakteurs, des Staatsraths W. Bilbasson, die zweite Verwarnung ertheilt. Die Veranlassung dazu gaben zwei Feuilletons in den Nummern 87 und 91 und der dritte Leitartikel in der letztgenannten Nummer. Gleicherweise ist dem „Peterburgskij Listok" der Einzelverkauf entzogen worden.

Angesichts der inneren Situation in Rußland kann es allseitig nur erwünscht sein, daß die **ostrumelische** Angelegenheit vorläufig zu einem gewissen Ruhepunkte gelangt ist. Aleko Pascha, welcher von allen Mächten als Generalgouverneur acceptirt zu sein scheint, begiebt sich nach Konstantinopel, um dort seine Bestallung und seine Weisungen zu empfangen; er wird für die Ruhe des Landes mit der Miliz und der Gensdarmerie haften. Eine Okkupation durch europäische Truppen ist vorläufig vertagt worden — worüber sich in Wien eine gewisse Verstimmung zu erkennen giebt — , bis die Nothwendigkeit zu einer solchen evident geworden ist. Aus Konstantinopel, seltsamer Weise von dorther, kommen detaillirte Mittheilungen über die in Ostrumelien befindliche bewaffnete Macht. Es sind dort verblieben: das 4., 9. und 12. russische Armeekorps im Gesammtbestande von 60,000 Mann und 240 Geschützen unter Oberbefehl des Generals Stolipin. Die Miliz besteht aus 9 Bataillonen zu 7000 Mann, sämmtlich mit Henry-Martini-Gewehren bewaffnet, der Gensdarmerie geschieht keine Erwähnung. Außerdem haben die Russen in der ganzen Provinz militairische Uebungsschulen organisirt (Wehrvereine), in denen die dienstthätigen Mannschaften im Scheibenschießen geübt werden. Dieselben seien jedoch nicht im Stande, gegen eine regulaire Armee aufzutreten und könnten bei guter Leitung höchstens zur Unterstützung der Miliz dienen. Die Gerüchte von einer allgemeinen Volksbewaffnung in Rumelien reduziren sich somit auf das Vorhandensein einer Miliz von 7000 Mann und vielleicht höchstens 10» bis 12,000 Mann im Schießen geübter Leute, welche zusammen im besten Falle 20,000 Bewaffnete darstellen, die einer vermöthig geführten türkischen Armee einen namhaften Widerstand wohl kaum entgegen zu setzen vermöchten.

Auch die türkischen Armaten versuchen ihrerseits von Zeit zu Zeit gegen den Berliner Vertrag zu protestiren, indem sie die **serbische** Grenzgebiete beunruhigen, womit sie indirekt die Nothwendigkeit erhärten, zivilistirte Truppen noch weiter nach Süden vorzuschieben, als bisher unter der Bezeichnung au delà de Mitrovitza verstanden worden ist. Da gerade in der Gegend nördlich von Prischtina viel türkisches Militair steht, so gewinnt die Vermuthung Berechtigung, als ob letzteres zur Erhaltung der Ordnung nicht verwendbar sei.

Die Fürstin von **Montenegro** ist von einem Prinzen entbunden worden, dem zweiten zu sechs Prinzessinnen.

Wie dem Wiener „Fremdenblatt" aus Alexandrien gemeldet wird, wurde den dortigen europäischen Kolonien von Seite der **egyptischen** Regierung mitgetheilt, daß dieselbe sich veranlaßt sehe, um ihre Einnahmen zu erhöhen, auch die Fremden zu den Staatslasten heranzuziehen; sie werden daher vom 1. Januar 1880 eine Einkommensteuer und eine Steuer von ihren beweglichen Gütern zu entrichten haben. Die Generalkonsuln und Konsuln haben über diesen Erlaß an ihre betreffenden Regierungen berichtet.

Ein Telegramm aus New-York meldet von einem vierzehnstündigen Straßenkampfe, welcher gestern in **Panama** stattgefunden und viele Opfer gefordert hat. Die Ursachen desselben werden nicht angegeben.

Vom Reichstage.

* Die Nachricht, daß dem Reichstage noch in dieser Session eine Vorlage über die Erwerbung des Kacyvski'schen Grundstücks für das Reichstagsgebäude zugehen werde, bestätigt sich. Die bezügliche Vorlage wird dem Bundesrathe voraussichtlich am 21. d. M. zugehen.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

— Ueber die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers und Königs in Wiesbaden meldet der „Rh. Courier" vom gestrigen Tage: „Heute Vormittag 9 Uhr sind Se. Majestät der Kaiser per Extrazug in besten Wohlsein hier eingetroffen. Auf dem Bahnhof waren zur Begrüßung erschienen: Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz, Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Luise von Preußen, Se. Hoheit Prinz Wilhelm von Mecklenburg, die Herren Regierungspräsident v. Wurmb, Appellationsgerichts-Präsident Dr. Albrecht, Oberst v. Thompson, Ober-Bürgermeister Lanz und Polizeidirektor v. Strauß. Nachdem der Kaiser die Anwesenden begrüßt, fuhren Se. Majestät mit Sr. kaiserl. und königl. Hoheit dem Kronprinzen durch die reich beflaggte Wilhelmstraße, woselbst sich außer einem zahlreichen Publikum auch die Garnison aufgestellt hatte, nach dem Schlosse. Se. Majestät wurden bei Ihrem Erscheinen mit lauten Hurrahs empfangen und dankten auf das Freundlichste nach allen Seiten. Das Ausstehen des verehrten Monarchen ist ein ganz vorzügliches."

* Ihre kaiserl. und königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin nebst Gefolge sind, von Wiesbaden zurückkehrend, heute früh 7½ Uhr auf der Wildparkstation eingetroffen und haben sich von dort zum Sommeraufenthalt nach dem Neuen Palais begeben, woselbst die kronprinzlichen Kinder bereits seit einigen Tagen verweilen.

* Se. königliche Hoheit der Prinz Karl hat sich heute Vormittag von den hier anwesenden Mitgliedern der königlichen Familie verabschiedet und, begleitet vom Hofmarschall Grafen Dönhoff, den beiden persönlichen Adjutanten, Oberstlieutenant v. Prittwitz und Gaffron und Hauptmann v. Wigleben, sowie dem Leibarzt Dr. Valentini, Nachmittags 2 Uhr auf der Anhaltischen Bahn über Leipzig, Hof München und Verona seine Reise nach Italien angetreten.

* Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl war Nachmittags 1 Uhr 35 Minuten von Jagdschloß Dreilinden nach Berlin gekommen, um von seinem erlauchten Vater sich zu verabschieden und Höchstdemselben bis zum Anhaltischen Bahnhofe das Geleit zu geben. Nach erfolgter Abreise kehrte Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl wieder nach Jagdschloß Dreilinden zurück.

---

* Der Chef des Militairkabinets Generalmajor v. Albedyll weilt gegenwärtig noch in Berlin, wird aber in einigen Tagen Sr. Majestät dem Kaiser nach Wiesbaden nachfolgen.

* Der bisherige Militairbevollmächtigte bei der hiesigen italienischen Botschaft, Oberstlieutenant Chevalier Ruchino del Mayno, welcher von seinem hiesigen Posten abberufen worden, um in der italienischen Armee ein Kommando zu übernehmen, hat heute Nachmittag 2 Uhr Berlin verlassen und mit seiner Gemahlin sich nach Italien zurückbegeben.

* Der luxemburgische Geschäftsträger am hiesigen Hofe Dr. Epiphan hat sich von hier nach Luxemburg zurückbegeben.

* Der kaiserl. russische Geh. Rath von Pfoehl, welcher vor einigen Tagen aus Warschau hier eintraf, ist nach Wiesbaden abgereist.

Am vorigen Sonntag feierte der älteste vortragende Rath im Ministerium des Innern, der Geh. Ober-Regierungsrath Wenzel sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Derselbe ist bereits über dreißig Jahre in der Stellung eines vortragenden Raths. Am Morgen des Jubiläumstages überbrachte der Minister des Innern ihm das Patent seiner Ernennung